

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff (A 7) 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 596. — Der Verlag behält sich das
Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Hakenkreuz und Reichsflagge

Nationalsozialistische Gelübde, die abgelogen werden

Ueßerlassungsvertrag des Stadions.

Erklärung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, datiert vom 20. Juni 1931, an den Reichsausschuss für Leibesübungen, datiert vom 20. Juni 1931.

1. Hakenkreuz.
Die Hakenkreuz-Flagge ist ein Symbol der deutschen Nation und des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Einheit und der Zusammengehörigkeit aller Deutschen. Sie ist ein Symbol der Ehre und der Würde des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Kraft und der Tapferkeit des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Freiheit und der Gerechtigkeit des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Liebe und der Brüderlichkeit des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Hoffnung und der Zukunft des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Größe und der Herrlichkeit des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Macht und der Stärke des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Weisheit und der Einsicht des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Gerechtigkeit und der Fairness des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Ehre und der Würde des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Kraft und der Tapferkeit des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Freiheit und der Gerechtigkeit des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Liebe und der Brüderlichkeit des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Hoffnung und der Zukunft des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Größe und der Herrlichkeit des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Macht und der Stärke des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Weisheit und der Einsicht des deutschen Volkes. Sie ist ein Symbol der Gerechtigkeit und der Fairness des deutschen Volkes.

DEUTSCHER REICHAUSSCHUSS FÜR LEIBESÜBUNGEN
BERLIN SW 68, DEN 20. JUNI 1931

Um ihr Hakenkreuz-Sportfest im Stadion abhalten zu dürfen, haben die Nationalsozialisten die feierliche Erklärung abgegeben, daß sie an bevorzugter Stelle die Reichsflagge schwarzrotgold hissen würden, die sie sonst mit nicht wiederzugebenden Schimpfworten bezeichnen. Außerdem verpflichteten sie sich ebenso feierlich, für das Sportfest keinerlei politische Propaganda zu treiben.

Verprechen gebrochen und dadurch das Verbot des Sportfestes erzielt hatten, brachten sie die Stirn auf, durch öffentliche Erklärung ihrer Gauleitung jede derartige Zusage nachträglich abzuleugnen. Wir sind heute in der Lage, den Vertrag in photographischer Treue wiederzugeben, in dem sich die Veranstalter verpflichten, die sonst verbotenen Reichsflagge schwarzrotgold an hervorragender Stelle zu zeigen, und daneben das besondere Verpflichtungsschreiben (mit

dem Hakenkreuz-Stempel), das jede politische Propaganda ausschaltet. Damit vergleiche man die freche Ablehnung in der Erklärung der Gauleitung, gezeichnet von Dr. Goebbels, wonach im Vertrag „bewußt die Bezeichnung schwarzrotgold weggelassen und nur von den Reichsfarben die Rede“ gewesen sei. Dreister und erfolgloser ist kaum je gelogen worden, nicht einmal von den weisensverwandten Kommunisten!

Zum Tode Wilhelm Bock's.

Beileidstundgebungen der Partei.
Der Parteivorstand sandte an die Angehörigen von Wilhelm Bock folgendes Beileidstelegramm:
Mit Wilhelm Bock verliert die deutsche Arbeiterklasse einen ihrer treuesten und in Sturm und Not bewährtesten Kämpfer. In aufrichtiger Treue
Der Parteivorstand.
Wels.
Die Reichstagsfraktion sandte folgendes Beileidstelegramm:
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nimmt an Ihrer Trauer um den Tod von Wilhelm Bock herzlichsten Anteil. Das Andenken des Verstorbenen, der bis zu seinem letzten Atemzug der Arbeiterbewegung seine ganze Kraft widmete und der Jahrzehnte hindurch ihre Sache mit hingebendem Eifer im Parlament vertreten hat, wird bei uns in hohen Ehren gehalten werden.
Sozialdemokratische Reichstagsfraktion.
Breitscheid.

Wahlfieber in Spanien.

Monarchisten sagen Versammlungen ab.
Madrid, 23. Juni. (Eigenbericht.)
Spanien lebt zurzeit wieder in Fieberstimmung. Der Wahlkampf zu den am 28. Juni stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung ist mit aller Schärfe entbrannt. Überall spielen die Gegensätze innerhalb der verschiedenen republikanischen Parteien trotz auseinander. Dabei spielen insbesondere die föderalistischen Bestrebungen der einzelnen Gruppen eine besondere Rolle. So wurde es dem Generalstaatsanwalt und dem Generaldirektor der Sozialverwaltung im Innenministerium in dem galizischen Lugo unmöglich gemacht, ihre Wahlrede zu halten. Die äußerste Rechte beklagt sich darüber, daß ihre Versammlungen nicht den genügenden Schutz finden. Tatsächlich reichen die Polizeikräfte zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nicht überall aus. Aber die Beschwerde der Rechtsparteien hat schließlich nur den Sinn eines Rückzugsmanövers. In vielen Bezirken haben sie unter dem Hinweis auf die schwachen Polizeikräfte und die dadurch gefährdete Ruhe ihre Kandidaten zurückgezogen. In Wirklichkeit aber erfolgte deren Zurückziehung angesichts der ihnen drohenden katastrophalen Niederlage. Die Versammlungen der Sozialisten sind außerordentlich stark besucht. Es ist kein Zweifel, daß sie am 28. Juni einen außerordentlichen Erfolg erringen werden.

Frankreich antwortet morgen

Zustimmung und Vorbehalte gegen Hoover

Paris, 23. Juni. (Eigenbericht.)
In dem heutigen Ministerrat, der von 10 bis 12 1/2 Uhr dauerte, ist noch kein endgültiger Beschluß über den amerikanischen Moratoriumsvorschlag gemacht worden. Nachdem Briand den Ministerrat über die Umstände, unter denen die Anregung Hoovers der französischen Regierung unterbreitet worden ist, unterrichtet hatte, und nachdem der Finanz- und der Budgetminister die Folgen eines Zahlungsausschubs für die französischen Finanzen auseinandergesetzt hatte, beschloß das Kabinett, die Diskussion in einem für morgen vormittag einberufenen Ministerrat fortzusetzen, in dem auch der Wortlaut der an den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu richtenden Antwort festgelegt werden soll. Der Ministerpräsident lehnte nach der Verlesung des Kommuniqués jede Erklärung gegenüber der Presse ab.
In der Kammer ist am Montagabend schon die zweite Interpellation über die amerikanische Anregung eingebracht worden. Sie geht von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Marin aus und bezieht sich auf „die Beteiligung Frankreichs an den Verhandlungen, die zu der Erklärung des Präsidenten Hoover geführt haben, auf den genauen Sinn des Vorschlages, auf die Verhandlungen, die darauf folgen werden und auf den Weg, den die französische Regierung einzuschlagen gedenkt, damit sich die Kammer in voller Kenntnis der Dinge vor jeder Abmachung, gemäß dem kürzlich vom Ministerpräsidenten gegebenen Versprechen, über die Angelegenheit aussprechen kann.“
Die Regierung wird der Kammer vorschlagen, die Interpellationen am Freitag zu besprechen.
Innere Anleihe in Frankreich?
Zum Ausgleich des Ausfalles der deutschen Zahlungen.
Paris, 23. Juni.
Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas glaubt zu wissen, daß der französische Botschafter in Washington sich Staatssekretär Stimson gegenüber zu dem Vorschlag des Präsidenten Hoover in dem Sinne geäußert habe, daß Frankreich die edelmütigen Gefühle begrüße, die Hoovers Initiative herbeigeführt haben, und daß Frankreich bereit wäre, dem Vorschlag des

Präsidenten zuzustimmen; es habe aber den Wunsch, das Problem einer aufmerksamen Prüfung zu unterziehen, ehe es seine amtliche Antwort zur Kenntnis bringe. Mit internationalen finanziellen oder diplomatischen Verhandlungen vertraute Persönlichkeiten seien der Ansicht, daß eine Zustimmung Frankreichs von Garantien begleitet sein müsse, daß das Moratorium Hoovers, das nur für ein Jahr Geltung habe, den Young-Plan nicht verletzen dürfe, und daß man die Unantastbarkeit der ungeschälten Annuitäten Deutschlands beachten müsse.
Bestimmte Finanzkreise Frankreichs sahen deshalb ins Auge, daß Deutschland für 1931/32 500 Millionen Mark oder die ungefähre Hälfte der deutschen Währung zahle, die Frankreich über die BIZ für Darlehen an interessierte Nationen zur Verfügung stellt. Das im französischen Budget auftretende Defizit könnte durch die Ausgabe kurzfristiger Schatzscheine zum Ausgleich gebracht werden. In keinem Falle würde man zur Aufhebung neuer Steuern schreiben. Um diese verschiedenen Maßnahmen, die auf Frankreich viel schwerer als auf England und Italien lasten werden, zu rechtfertigen, müsse man betonen, daß Frankreich sowohl in politischer wie in sozialer Beziehung an der Wohlfahrt Europas besonders interessiert sei.
Aus dieser Meldung geht ebenso sehr das Bemühen Frankreichs hervor, die Unantastbarkeit des Young-Planes aufrecht zu erhalten, solange Amerika die Schuldenverträge aufrechterhält, wie der Versuch, der Isolierung zu entgehen, in die es durch eine Ablehnung der Vorschläge Hoovers auf Aufhebung aller Kriegsschuldenszahlungen für ein Jahr geraten würde. Die halbamtliche Pariser Meldung besagt deshalb in der Hauptsache, daß Frankreich Amerikas Vorschlag grundsätzlich annimmt und der Ausfall des Ueberschusses der deutschen Reparationszahlungen an Frankreich über die Zahlungen Frankreichs an Amerika — etwa 400 Millionen Mark — nicht durch Steuern, sondern durch eine kurzfristige innere Anleihe ausgebracht werden soll.
Die französische Stellungnahme unterscheidet sich von dem Hoover'schen Vorschlag der einjährigen Einstellung aller Zahlungen von Staat zu Staat jedoch noch wesentlich dadurch, daß Frankreich den bei der BIZ vorgesehenen Sonderfonds in Höhe von 500 Mil-

tionen zugunsten der „interessierten Staaten“ durch deutsche Reparationszahlungen aufgefüllt werden möchte. Frankreich tut das einmal mit Rücksicht auf seine Verbündeten, Belgien und Jugoslawien, die je etwa 70 Millionen auf eigene Kosten an Amerika zu bezahlen hätten, wenn die deutschen Zahlungen ausblieben. Es läge jedoch im Sinne des Hoover-Planes, wenn Frankreich diesen beiden Staaten den Ausfall durch eine Kreditgewährung zur Verfügung stellen würde, zu der es dank seiner Finanzkraft ebenso wie im eigenen Falle durchaus in der Lage wäre. Die französische Formel läßt es über die Zahlungsverpflichtungen Belgiens und Jugoslawiens hinaus im Zweifel, ob die Deutschland jetzt zugemutete Zahlung von 500 Millionen, wie im Falle der Erklärung eines Transferratoriums gemäß dem Young-Plan, Deutschland sogleich wieder zur Verfügung gestellt werden soll, so daß praktisch keine oder nur eine geringe deutsche Reparationszahlung für die nächsten 12 Monate in Betracht käme. Im Sinne der Hoover'schen Vorschläge läge aber auch das nicht, da sie ganz bewußt über die für die heutige Situation völlig unzureichenden Moratoriumsvorschriften des Young-Planes hinausgehen und daher die von Frankreich noch gewünschte Auffüllung des Sonderfonds als durchaus überflüssig erscheinen lassen.

Reichskabinett und Hoover-Plan.

Um elf Uhr fand in der Reichskanzlei eine Ministerbesprechung statt, die sich mit den durch den Hoover-Plan aufgeworfenen Fragen beschäftigte. Es ist anzunehmen, daß im Rahmen der Aussprache auch die inneren Auswirkungen eines Tributjahres erörtert werden. Die Meinung bei allen Kabinettsmitgliedern geht übereinstimmend dahin, daß den teilweise bereits an die Reichsregierung herangefahrenen Wünschen auf Entlastung, die mit den Tribut-ersparnissen begründet werden, unter keinen Umständen Rechnung getragen werden kann. Das Reichskabinett vertritt vielmehr die Auffassung, daß, falls der Hoover-Plan verwirklicht wird, alle eintretenden Ersparnisse zur Stärkung und Sicherung der öffentlichen Finanzwirtschaft unter Fortsetzung schärfter Sparmaßnahmen verwendet werden müssen.



Dr. Karl Buresch

bisher Landeshaupmann von Niederösterreich, hat die österreichische Regierung neu gebildet, nachdem die Bemühungen Dr. Seipels gescheitert waren.

Staat und Volksbühne.

Debatte im Untersuchungsausschuß.

Im Kroll-Untersuchungsausschuß des Landtages, der nachprüfen soll, ob noch vertragliche Verpflichtungen des Staates gegenüber der Volksbühne nach Schließung der Kroll-Oper bestehen, erstattete am Montag der Berichterstatter Abg. Dr. Rose (D. Sp.) den Schlussbericht. Er kam nach einer ausgedehnten Behandlung des gesamten Fragenkomplexes in seinen Feststellungen zu folgenden Ergebnissen:

Eine einheitliche Auffassung darüber, welche rechtlichen Verpflichtungen nach Auflösung der Kroll-Oper für den Staat gegenüber der Volksbühne weiter bestehen, konnte nicht herbeigeführt werden, da die Befundungen der Zeugen und die Rechtsauffassungen im Ausschuß auseinandergehen. Das gilt insbesondere für die Frage, ob bei Einstellung des Betriebes der Kroll-Oper ein Anspruch der Volksbühne auf Schadloshaltung nach den vertraglichen Bestimmungen ausgeschlossen ist, und ob die Tatsache, daß auf Grund der heutigen Finanzlage dem Staat die Fortsetzung des Kroll-Betriebes nicht zugemutet werden kann, ein Umstand ist, der den Staat von einer Schadloshaltung der Volksbühne entbindet.

In den Feststellungen des Berichterstatters heißt es weiter: „Die finanziellen Interessen des Staates sind nicht mit genügender Voraussicht und Sorgfalt gewahrt und etatsrechtliche Bestimmungen nicht genügend befolgt. Der Ausschuß steht aber von der Feststellung der Verantwortlichkeit einzelner Beamter ab.“

Die Vertreter der Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, daß der ganze Sachverhalt nochmals durchgeprüft wird.

Diesen Auffassungen trat Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) sehr entschieden entgegen. Gerade die Zeugenaussagen hätten ergeben, daß bei Schließung der Kroll-Oper der Staat zur Schadloshaltung der Volksbühne verpflichtet sei. Die Verträge seien weder fahrlässig abgeschlossen, noch schaffe eine veränderte wirtschaftliche Situation einen anderen Rechtsboden.

Die Abgg. Stendel (D. Sp.) und Schulz (Komm.) lehnen den Vergleichsvorschlag ab. Dagegen begründen die Abgg. Grebe (Z.) und Dr. Bohner (Staatsp.) einen gemeinsamen Antrag, der die Annahme des Vergleichsvertrages empfiehlt. Andernfalls müßten die rechtlichen Verpflichtungen durch ein einziges Schiedsgericht festgesetzt werden, wobei jedoch nicht die Aussicht auf eine günstigere Entscheidung bestünde.

In der heutigen Schlusssitzung wurde die Abstimmung über die Anträge vorgenommen, um das Untersuchungsergebnis festzustellen. Von dem Antrag des Berichterstatters wurde der erste Teil in folgender Fassung angenommen:

„Der rechtliche Ursprung und der Umfang der staatlichen Verpflichtungen gegenüber der Volksbühne e. V. ergibt sich aus den Verträgen und dem Schiedspruch, die als Anlagen zu den Niederschriften abgedruckt sind, sowie aus den zu ihrer Ausführung getroffenen, bei den Ausschüßberatungen herangezogenen Abmachungen.“

Abgelehnt wurde der übrige Teil des Antrages, wonach eine einheitliche Auffassung über die rechtlichen Verpflichtungen für den Staat nach Auflösung der Kroll-Oper nicht herbeigeführt werden konnte, ferner die finanziellen Interessen des Staates nicht mit genügender Voraussicht und Sorgfalt bei den Abmachungen mit der

Schilda in Berlin

Reichshauptstadt ohne Pressestelle / Der verhaftete Sozialdemokrat

Der Haushaltsausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern den grotesken Beschluß gefaßt, die Pressestelle der Reichshauptstadt aufzulösen und sich die Nachrichten aus der Verwaltung in Zukunft von den Zeitungen bezahlen zu lassen.

Der erste Antrag stammt von den Kommunisten, der zweite von den Deutschnationalen, mitgewirkt haben außerdem die Nazis und Wirtschaftsparteiler. Der famose Beschluß entspringt selbstverständlich nicht etwa sachlichen Erwägungen, sondern rein parteipolitischen Demagogie.

Faßt die gesamte Presse Berlins von ganz rechts bis ganz links ist sich darüber einig, daß der neue Chef des Nachrichtenamts, Genosse Dr. Richard Lohmann, in den zwei Jahren seiner Tätigkeit aus dem einstigen bürokratischen Apparat eine vorzüglich arbeitende moderne Pressestelle geschaffen hat, die in ununterbrochener Dienstbereitschaft von früh bis spät in die Nacht hinein für Informationen aus der Verwaltung zur Verfügung steht.

Jeder weiß, daß eine Verwaltung ohne das Vermittlungsorgan einer Pressestelle heute überhaupt nicht mehr denkbar ist.

Sowohl die deutschnationale wie die kommunistische Presse würde nach einer Pressestelle schreien, wenn sie nicht da wäre. Sowohl die deutschnationale wie die kommunistische Presse müßte die Einführung der Bezahlung von Verwaltungsnachrichten als staatsreaktionär und pressefeindlich beklammern. Hilft nichts — ihre eigenen Parteien beantragen, beschließen den Unsinn, bloß weil ein

Sozialdemokrat an der Spitze des Nachrichtenamtes steht, dessen Bekämpfung ihnen trotz seiner Objektivität und Tüchtigkeit als Ehrenpflicht erscheint. Fast ist man versucht, es als ein Stück zu betrachten, daß noch eine zweite Körperschaft da ist, die derartigen sinnlosen Tendenzbeschlüssen die Ausführung verweigern kann. Wenn wir noch hinzufügen, daß in derselben Sitzung auch der Zuschuß zu dem Fremdenverkehrsamt mit derselben Mehrheit gestrichen worden ist, so dürfte das Bild abgerundet sein. Es handelt sich bei den beiden Beschlüssen um einen Typ reaktionärer Sparfamkeit.

deren Durchführung der Reichshauptstadt einen erheblichen Schaden kosten würde.

Das ist die ernste Seite der Sache, die sonst wie ein schlechter Witz klingt. Und darum muß der Kampf gegen derartige Schildbürgerstrolche mit allen Mitteln durchgeführt werden.

Freitag zweite Lesung des Etats.

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat die erste Lesung des Etats beendet. Freitag früh wird man in die zweite Beratung eintreten. Bis dahin soll die Verwaltung die vom Ausschuß geforderten Änderungen verarbeitet haben. Man hofft, die Arbeiten im Ausschuß bis zum Dienstag nächster Woche beenden zu können, damit die Stadtverordnetenversammlung in die Etatberatung bereits am Donnerstag eintreten kann. In dieser Woche findet keine Sitzung des Stadtparlamentes statt. Auch der Gemeindevorstand wird in nächster Zeit nicht zusammentreten.

Volksbühne gewahrt und die etatsrechtlichen Bestimmungen nicht genügend befolgt worden seien, sowie von der Festlegung der Verantwortlichkeit einzelner Beamter vom Ausschuß abgesehen wurde.

Mit den Stimmen der Regierungsparteien wurde so dann der Antrag Grebe-Dr. Bohner in folgender Fassung angenommen:

„Die Annahme des Vertrages vom 11. Dezember 1930 wird empfohlen. Die rechtlichen Verpflichtungen wären andernfalls von dem nach dem Vertrag vom 30. April 1923 einzusetzenden Schiedsgericht festzustellen. Eine sichere Aussicht auf eine günstigere Entscheidung des Schiedsgerichts besteht nicht. Der Ausschuß kann keine Schädigungen feststellen, für die ein einzelner Beamter verantwortlich zu machen wäre.“

Nächtliche Krawalle der KPD.

Angriffe auf die Polizei. — Ein Demonstrant erschossen.

Magdeburg, 23. Juni.

Am Montagabend gegen 10 Uhr kam es in der Magdeburger Altstadt verschiedentlich zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei. Die Kommunisten hatten versucht, in der Jakobstraße einen Demonstrationzug zu bilden. Als eine Polizeistreife den Zug auflösen wollte, setzten sich die Kommunisten zur Wehr, so daß die Streife durch Alarmierung des Ueberfallkommandos Verstärkung heranziehen mußte. Nachdem die Polizei zwei Personen festgenommen hatte, versuchten die Kommunisten, die Gefangenen zu befreien. Die Schutzpolizei sah sich gezwungen, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Dabei wurde ein Mädchen durch einen Kniechuß und einer der Demonstranten durch einen Bauchschuß verletzt. Der verletzte Kommunist ist in der Nacht gestorben. Im ganzen wurden fünf Personen festgenommen. Die Zusammenrottungen setzten sich bis nach Mitternacht fort, so daß die Polizei noch mehrmals die Straßen säubern mußte.

Überall die Schußwaffen.

Düsseldorf, 23. Juni.

Ein Angehöriger der RSDAP wurde in der Nähe des Ständehauses durch einen Brustschuß verletzt. Der Täter kam auf einem Fahrrad heran, gab im Vorbeifahren aus geringer Entfernung den Schuß ab und fuhr davon. Der Verletzte wurde ins Evangelische Krankenhaus eingeliefert. Lebensgefahr besteht zur Zeit nicht.

Ein glänzender Sieg der KPD.

Die Sozialdemokratie verliert die Mehrheit — an die Bürgerlichen.

Die kommunistische Partei befindet sich, den Berichten der „Roten Fahne“ zufolge, seit 1918 auf einem ununterbrochenen Siegesmarsch. Seit einiger Zeit steigt sie auch wieder besonders heftig, so daß die „Fahne“ unter anderen Siegesnachrichten auch eine Extrabotschaft der Freude aus Gassen bringen kann. Aus diesem kleinen Städtchen in der Niederlausitz meldet sie unter der triumphierenden Ueberschrift „Wahlerfolg der KPD. in Gassen. Schwere Verluste der SPD.“ folgendes:

Die am letzten Sonntag in Gassen (Niederlausitz) stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen zeitigten einen weiteren Vormarsch der KPD., während die SPD., die bisher die absolute Mehrheit inne hatte, schwere Verluste erlitt.

Es erhielten:

KPD. 283 Stimmen (1929: 183, 1930: 257),
SPD. 791 Stimmen (1929: 1090, 1930: 926),
Bürgerliche 1115 Stimmen.
KPD. 2 Sitze (bisher keinen),
SPD. 5 Sitze (bisher 8),
Bürgerliche 3 Sitze (bisher 7).

Was ist also in Gassen geschehen? Bisher hatte die Sozialdemokratie mit 8 Sitzen gegen 7 bürgerliche die Mehrheit. Und jetzt haben die Bürgerlichen die Mehrheit mit 8 Stadtverordneten gegen 5 Sozialdemokraten und 2 Kommunisten. Die Kommunisten haben „geleigt“ für die Bürgerlichen — wie immer!

Der neue Personalreferent im Auswärtigen Amt.

Der bisherige deutsche Gesandte in Oslo, Köster, der schon seit längerer Zeit die Leitung des Personalreferats im Auswärtigen Amt hat, wurde zum Ministerialdirektor ernannt und endgültig zum Leiter der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes bestellt. Sein Nachfolger in Oslo wird der bisherige Leiter des Völkerbundsreferats, Geheimrat von Weizsäcker.

Der Schweinespender

Hjalmar Schacht spendete der SA. in Trofau ein Schwein von seinem Gute bei Lindow



„Einige Schweine und Hühner werde ich noch herausrücken. Für Rindvieh sind die SA. zum Glück Selbstversorger!“

Explosion in Pulverfabrik.

Zwei Arbeiter getötet.

Warschau, 23. Juni.

In der staatlichen Pulverfabrik in Jagoschdzone bei Kielce erfolgte am gestrigen Montag während der Arbeitszeit eine Explosion. Zwei Arbeiter wurden auf der Stelle getötet. Eine Person trug schwere Verletzungen davon. Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt.

Die Ärmsten betrogen.

Neuföllner Pferdeschlächter als Betrüger.

Schwere Vorwürfe werden gegen einen Rofschlächter B. in der Prinz-Handjery-Straße in Neufölln erhoben, dessen Kunden sich aus den ärmsten Teilen der Bevölkerung zusammensetzten.

Beim Einkauf kam öfter das Geprügel auf die schlechten Zeiten. Frau B. machte dann dem Kunden den Vorschlag, sie sollten sich doch an dem Geschäft beteiligen. 50 oder 100 M., je nach Vermögen, sollten die Leute bei ihr einzahlen, dann würden sie das Fleisch billiger bekommen und außerdem noch Prozente erhalten. Frau B. verstand es, den geschäftsunkundigen Leuten die Vorteile, die sie bei einer Einzahlung hätten, so mundgerecht zu machen, daß viele darauf hineinsielen. Manche Kunden liehen sich sogar Geld, so daß sie 500 M. einzahlen konnten. Seit einigen Tagen ist jetzt das Geschäft des B. geschlossen und er und seine Frau sind verschwunden. Die Enttäuschten Kunden haben bei der Kriminalpolizei Anzeige erstattet. Die Summe, die auf diese Weise zusammengekommen ist, schwankt zwischen 6000 und 8000 M.

Plünderer auf Fahrrädern.

In Tegeel wurde heute vormittag ein Verkaufsauto der „Farm Tegeel“ von etwa zehn jungen Burschen, die sich sämtlich auf Fahrrädern befanden, an der Ecke Steilspfad und Hermsdorfer Straße ausgeplündert. Der Verkäufer war den Burschen gegenüber machtlos und mußte mit zusehen, wie die Täter die erbeuteten Lebensmittel in mitgebrachte Rucksäcke verstaute und dann nach verschiedenen Richtungen flüchteten. Die Verfolgung der Flüchtigen durch das alarmierte Ueberfallkommando verlief ergebnislos.

Flugblatt der Friedensgesellschaft verboten. Der preussische Minister des Innern hat die nachgeordneten Behörden angewiesen, das Flugblatt „Panzerkreuzer statt Brot“ zu verbieten. Die Anweisung erfolgte, weil in dem Flugblatt zahlreiche beleidigende Wendungen gegen die Reichsregierung enthalten sind, nicht wegen des in ihm gezogenen Vergleichs.

Um den Ruhrbergbau-Schiedspruch.

Bergarbeiter fordern Verbindlichkeitserklärung.

Bochum, 23. Juni. (Eigenbericht.)

Die Bergarbeiterverbände haben die Verbindlichkeitserklärung des am 20. Juni gefällten Schiedspruches im Lohnstreit für den Ruhrbergbau, den der Zechenverband abgelehnt hat, beantragt. Die Nachverhandlungen sind am Donnerstag um 10 Uhr im Reichsarbeitsministerium.

Arbeitszeitverkürzung in Nordwest?

Nächste Woche Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium

Bochum, 23. Juni. (Eigenbericht.)

Anfang nächster Woche finden in Berlin im Reichsarbeitsministerium Besprechungen mit den Tarifparteien der Gruppe Nordwest über die Arbeitszeitfrage statt. Die Gewerkschaften hatten den Wunsch geäußert, bei den Lohnverhandlungen am 15. Juli gleichzeitig auch die Arbeitszeitfrage zu regeln und hatten in einer Eingabe dem Reichsarbeitsminister ihre Forderung auf Einführung der 48-Stunden-Woche und Abschaffung der Sonntagsarbeit unterbreitet.

Bergebliche Toröffnung.

Der französische Textilarbeiterstreik geht weiter.

Paris, 23. Juni.

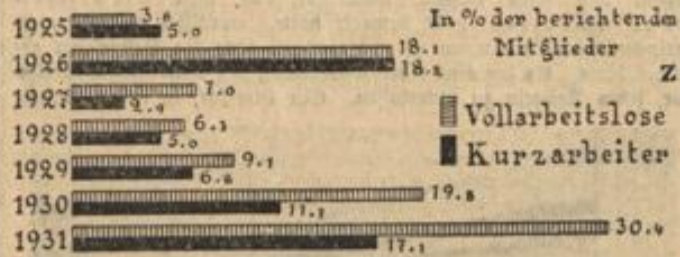
Das Unternehmertum der nordfranzösischen Textilindustrie glaubte einen Teil der Streikenden so weit jermüdet, daß es auf Streikbruch spekulierte und am Montag die Betriebe öffnete. Diese Spekulation ist vollkommen fehlgeschlagen. Die Streikenden in Kou-

baix beschloßen, den Lohnkampf bis zur restlosen Erfüllung der Arbeitnehmerforderungen fortzuführen.

Der Stadtrat von Roubaix hat weitere 500 000 Franken für die Familien der streikenden Arbeiter bewilligt, nachdem er schon früher eine Million Franken zur Verfügung gestellt hatte.

Die Unternehmer hatten nicht einmal die Vermittlungsaktion des Arbeitsministers abgewartet, in der Hoffnung, nur die Tore öffnen zu müssen, um die Arbeiterchaft in ihre Betriebe zurückströmen zu sehen. Die Herren haben sich schwer getäuscht und werden jetzt endlich nachgeben müssen.

Die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden des ADGB Stand jeweils Ende Mai



Am 18. Juni zeigten wir den Stand der Arbeitslosigkeit in Deutschland in der günstigsten Jahreszeit, Ende Mai, in den Jahren 1926 bis 1931. Die Arbeitslosigkeit der Mitglieder der freien Gewerkschaften zeigt ab 1926 jeweils Ende Mai das gleiche Bild. Aus der Graphik der Arbeitslosenunterstützung des ADGB, geht

unter anderem auch hervor, daß in dem für den deutschen Arbeitsmarkt charakteristischen Monat Mai die Zahl der Vollarbeitslosen in den letzten Jahren in viel größerem Umfang gemacht ist als die der Kurzarbeiter. Im Jahre 1925 machten die Kurzarbeiter noch 138,9 Proz. der Vollarbeitslosen aus. Seit 1928 sinkt aber diese Prozentzahl beständig bis zu 56,3 Proz. in diesem Jahre. Der Monat Mai 1931 zeigte im Vergleich zu der entsprechenden Zeit der Vorjahre zwar den Tiefstand für die Vollarbeitslosen, der Tiefstand für die Kurzarbeiter war im Jahre 1926.

Bergarbeiterinnen unter Tage.

Aus dem sowjetrussischen Arbeiterparadies.

Im „Trud“ vom 14. Juni 1931 werden zwei Jungkommunistinnen des Schachts Nr. 10 des Kytow-Bergwerks, Kasparjan und Komissarowa, im Bild gezeigt, in voller Arbeitsausrüstung für die Arbeit im Bergwerk unter Tage. Es ist bezeichnend, daß das sowjetrussische regierungsmittliche Gewerkschaftsblatt „Trud“ mit dieser Kulturhande noch prahlte. Junge Mädchen als Arbeiterinnen in der Kohlegrube!

Wenn dies das Ideal der Gleichberechtigung und der vorbildlichen Behandlung jugendlicher Arbeiterinnen sein soll, dann hat es mindestens für die Jungkommunistinnen in Deutschland wenig Verlockendes.

Wetter für Berlin: Vorwiegend heiter und am Tage wieder wärmer. — Für Deutschland: Im größten Teil des Reiches beständiges Wetter mit neuer Erwärmung. Im Südwesten sehr warm und etwas Gewitterneigung.

Verantwortl. für die Redaktion: Herbert Reppe, Berlin; Anzeigen: Ed. Glade, Berlin. Verlag: Vorwärts Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanhang Paul Ehrlich & Co., Berlin SW 66, Lindenstraße 2, Diers 1 Telefon.

Advertisement for Staats-Oper and Intermezzo at Unter d. Linden, 29S, A.-V., 20 Uhr.

Advertisement for Reichshallen-Theater featuring Stettiner Sänger.

Advertisement for Volksbühne Theater am Bülowplatz, featuring Lumpazi-vagabundus.

Advertisement for Die Komödie at Täglich 8 1/2 Uhr.

Advertisement for ROSE-THEATER featuring Guido Thielscher and Der Herr mit d. Fragezeichen.

Advertisement for Trabrennen Rühleben on Wednesday, June 24th.

Advertisement for Wilhelm Bock, a memorial notice for a deceased man.

Advertisement for Haus Vaterland restaurant.

Advertisement for Deutsches Theater featuring Der Hauptmann von Köpenick.

Advertisement for Eisschränke and Radwatz, offering 18-month rates.

PROGRAMM für die Zeit vom 23. bis 25. Juni

Vertical list of cinema programs including BTL, Potsdamer Straße 38, Rheinstraße 14, Odcon, Turmstraße 12, Alexanderstr. 39-40, Primus-Palast, Friedrichstadt, and Franziskaner.

KINO-TAFEL

Large grid of cinema programs including Moabit, Steglitz, Zehlendorf-Mitte, Mariendorf, Tempelhof, and others.

PROGRAMM für die Zeit vom 23. bis 25. Juni

Vertical list of cinema programs including Weißensee, Schloßpark Film-Bühne, Friedrichsfelde, Kino Busch, Alhambra, Pharus-Lichtspiele, Pankow, Palast-Theater, Tegel, and Hennigsdorf.

